

Pro-Palästinenser aktivist Mahmoud Khalil vor Abschiebung: Ein Skandal!

Ein US-Richter erlaubt die Abschiebung des pro-palästinensischen Aktivisten Mahmoud Khalil, was Fragen zur Redefreiheit aufwirft.



Berlin, Deutschland - Ein US-Einwanderungsrichter hat entschieden, dass das Verfahren zur Abschiebung von Mahmoud Khalil, einem pro-palästinensischen Aktivisten und Doktoranden an der Columbia University, fortgeführt werden kann. Khalil wurde im Rahmen eines Vorgehens der Regierung von Donald Trump verhaftet, das darauf abzielt, Personen zu deportieren, die als Bedrohung für die amerikanische Außenpolitik angesehen werden. Laut einem Bericht von **Al Jazeera** wurde der Entscheid nach einer fast zweistündigen Anhörung von Richterin Jamee Comans gefällt. Khalil hat die Möglichkeit, gegen die Entscheidung Berufung einzulegen.

Der Fall hat das Interesse von Menschenrechtsanwälten

geweckt, die befürchten, dass die gegen Khalil gerichteten Maßnahmen ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und die pro-palästinensische Aktivismusbewegung darstellen. Während der Anhörung betonte Khalil die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und Fairness, die seiner Meinung nach in seinem Fall nicht gewährleistet waren. Der US-Außenminister Marco Rubio äußerte in einem Schreiben, dass Khalil aufgrund seiner angeblichen Beteiligung an „antisemitischen Protesten“ abgeschoben werden sollte. Obwohl er nicht beschuldigt wird, ein Gesetz gebrochen zu haben, könnte seine Legalisierung auf der Grundlage von Überzeugungen oder Assoziationen widerrufen werden.

Ein historischer Kontext

Die Abschiebung von Khalil erinnert an frühere Fälle von pro-palästinensischen Aktivisten in den USA, wie die Abschiebungen der „L.A. Eight“ vor fast vierzig Jahren. Diese Gruppe, bestehend aus acht Einwanderern, wurde wegen ihrer politischen Aktivitäten während einer FBI-Untersuchung der 80er Jahre ins Visier genommen. Die damalige US-Regierung versuchte, die Aktivisten unter dem McCarran-Walter Act abzuschieben, der eine Deportation aufgrund politischer Überzeugungen ermöglichte, wie **The New Yorker** berichtet. Diese Verordnung wurde schließlich 1989 für verfassungswidrig erklärt, aber die rechtlichen Interpretationen entwickeln sich weiter, während sich die politischen Kontexte verändern.

Khalil wurde am 8. März von Einwanderungsbehörden verhaftet, während seine schwangere Frau, eine US-Bürgerin, anwesend war. Seither wurde er von einem Lager ins andere verlegt, ohne dass seine Familie oder Anwälte informiert wurden. Unterstützer von Khalil argumentieren, dass seine Proteste friedlich waren und gegen die Verbindungen der Columbia University zur israelischen Militärpolitik gerichtet waren.

Aktuelle Protestbewegungen in

Deutschland

Die Debatte über pro-palästinensische Proteste ist nicht auf die USA beschränkt. In Deutschland kommt es an Universitäten zu intensiven Auseinandersetzungen über die Rechte auf Protest und die Wahrnehmung von Antisemitismus. Vor kürzlich durchgeführten Besetzungen an der Humboldt-Universität zu Berlin forderten Aktivisten einen Waffenstillstand in Gaza sowie die Beendigung aller Kontakte der Universität zu Israel. Diese Solidaritätsbekundungen stoßen auf Widerstand von Universitätsleitungen und jüdischen Verbänden, die vor einem wiederaufflammenden Antisemitismus warnen, wie die **taz** berichtet.

Aktivisten in Deutschland haben die Vorwürfe des Antisemitismus zurückgewiesen und betonen, dass sie sich für Frieden einsetzen. Dennoch gibt es Bedenken hinsichtlich der Sicherheitslage für jüdische Studierende an den Universitäten. Die Komplexität der Diskussion über Antisemitismus, Meinungsfreiheit und den Umgang mit pro-palästinensischen Protesten bleibt ein heiß umkämpftes Thema in der Gesellschaft und an Hochschulen.

Die Situation um Khalil und die aktuellen Proteste in Deutschland verdeutlichen, wie sensibel und polarisiert die Debatte über den Nahostkonflikt und die damit verbundenen politischen Äußerungen ist.

Details	
Vorfall	Abschiebung, Proteste, Antisemitismus
Ursache	Proteste, Regierung, Antisemitismusvorwürfe
Ort	Berlin, Deutschland
Festnahmen	1
Quellen	• www.aljazeera.com • www.newyorker.com • taz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de